

BERICHT 2014

ZUM INSTITUTSBEZOGENEN SICHERUNGSSYSTEM DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE NÖ-WIEN

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR

Inhaltsverzeichnis

LAGEBERICHT.....	3
Allgemeine Informationen.....	4
Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.....	7
Entwicklung der Märkte.....	10
Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	12
Finanzielle Leistungsindikatoren	16
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem.....	18
Funding.....	21
Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag.....	22
Ausblick zur Entwicklung.....	23
RISIKOBERICHT.....	24
AGGREGIERTE BILANZ UND AGGREGIERTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	43
Aggregierte Bilanz	44
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung.....	47
ANLAGEN	51
Impressum	55

LAGEBERICHT

Allgemeine Informationen

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich einige wesentliche Anpassungen betreffend der zuvor im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutsbezogene Sicherungssysteme (Institutional Protection Scheme, IPS) besteht.

Im Sinne der Art. 49 Abs. 3 und 113 Abs. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) hat die RLB NÖ-Wien zusammen mit der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und 61 niederösterreichischen Raiffeisenbanken im Jahr 2013 einen Vertrag zur Errichtung des Landes-IPS (L-IPS) abgeschlossen. Dieser Vertrag dient der Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität und der Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses der Vertragsparteien. Diese Haftungsvereinbarung ermöglicht es den Instituten zum einen Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Vertragspartner nicht von den eigenen Eigenmitteln abziehen zu müssen (Art. 49 Abs. 3 CRR), zum anderen dürfen die Institute Risikopositionen gegenüber anderen Vertragsparteien von der Anforderung der Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge ausnehmen (Art. 113 Abs. 7 CRR). Die Verträge zum IPS sehen klare Überwachungs- und Risikomaßnahmen vor. Demgemäß verfügt das IPS über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Bewertung und Steuerung der Risiken. Dadurch ist ein vollständiger Überblick über die Risikosituation der einzelnen Mitglieder und das IPS insgesamt gewährleistet. Darüberhinaus definiert der Vertrag entsprechende Gremien und Beschlussinstanzen. Damit ist zur gesamthaften Steuerung des IPS ein umfangreiches Reporting (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie Lage- und Risikobericht) sichergestellt und dient damit auch als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen. Um diese Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, besteht ein Früherkennungssystem, mit Hilfe dessen Problemfälle bei einzelnen Mitgliedern sowie beim IPS in seiner Gesamtheit möglichst frühzeitig erkannt bzw. diesen vorgebeugt werden sollen. Das L-IPS wurde von der Finanzmarktaufsicht (FMA) durch Bescheid vom 3. November 2014 genehmigt.

Die RLB NÖ-Wien und die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien haben darüber hinaus zusammen mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB), den anderen Raiffeisenlandesbanken und einigen anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe einen inhaltsgleichen Vertrag zur Errichtung eines Institutsbezogenen Sicherungssystems, dem Bundes-IPS (B-IPS), abgeschlossen.

Sowohl das B-IPS als auch das L-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des jeweiligen IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des B-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der RZB und für die Mitglieder des L-IPS kein Abzug ihrer Beteiligungen an der RLB NÖ-Wien und an der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einer Risikogewichtung von 0% angesetzt werden.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des IPS, aber auch des IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff „Früherkennung“ die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des IPS, aber auch beim IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das L-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien verwendet.

Risikorat

Als Entscheidungsgremium des L-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst mindestens sechs Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den L-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen des Vertrages, die Beendigung des Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das L-IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber der FMA (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des L-IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme (siehe unten) verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- eine ökonomische Fehlentwicklung vorliegt; oder
- ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- ein Mitglied gegen den Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- Bedingte Rückzahlungsverpflichtung mit Besserungsvereinbarung
- Restrukturierung, Rationalisierung sowie Fusionierung von IT- und Abwicklungssystemen
- Abbau von Assets
- Änderung der Zusammensetzung der Organe, insbesondere Geschäftsleitung
- Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern
- Einstellung von bestehenden Geschäftsfeldern.

Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlicher Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50% des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern einstimmig zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25% jener Eigenmittel vorschreiben, die die Eigenmittelgrenze überschreiten. Die Eigenmittelgrenze besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

Vertrag

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR wird für das L-IPS erstellt. Der Bericht zum 31. Dezember 2014 umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine aggregierte Bilanz und GuV. Darin einbezogen sind die Mitglieder des L-IPS:

- die RLB NÖ-Wien,
- die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien,
- 61 nö. Raiffeisenbanken (siehe Anlage 1),
- der Solidaritätsverein der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien,

weitere

- die Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (siehe Anlage 2),
- die „RaiVital“ Beteiligungs GmbH,
- die „IMPRESO“ Beteiligungs GmbH und
- die „CARPETA“ Holding GmbH.

Die im Bericht angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden orientieren sich grundsätzlich an den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) iV.m. dem Bankwesengesetz (BWG).

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

Kooperation stärkt Marktposition

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. Sie verwaltet rund EUR 92,8 Mrd. Einlagen inländischer Kunden (exklusive Bauspareinlagen) und EUR 49,4 Mrd. an Spareinlagen. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich rd. 29.000 Mitarbeiter.

Die dreistufig aufgebaute Raiffeisen-Bankengruppe Österreich besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RZB (3. Stufe).

Die 473 selbständigen Raiffeisenbanken (VJ: 490) mit ihren 1.587 Bankstellen (VJ: 1.646) sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Mit ihren insgesamt 2.083 Geschäftsstellen in Österreich hatte die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich einen Anteil von mehr als 41% an

allen österreichischen Bankniederlassungen. Die lokal tätigen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.

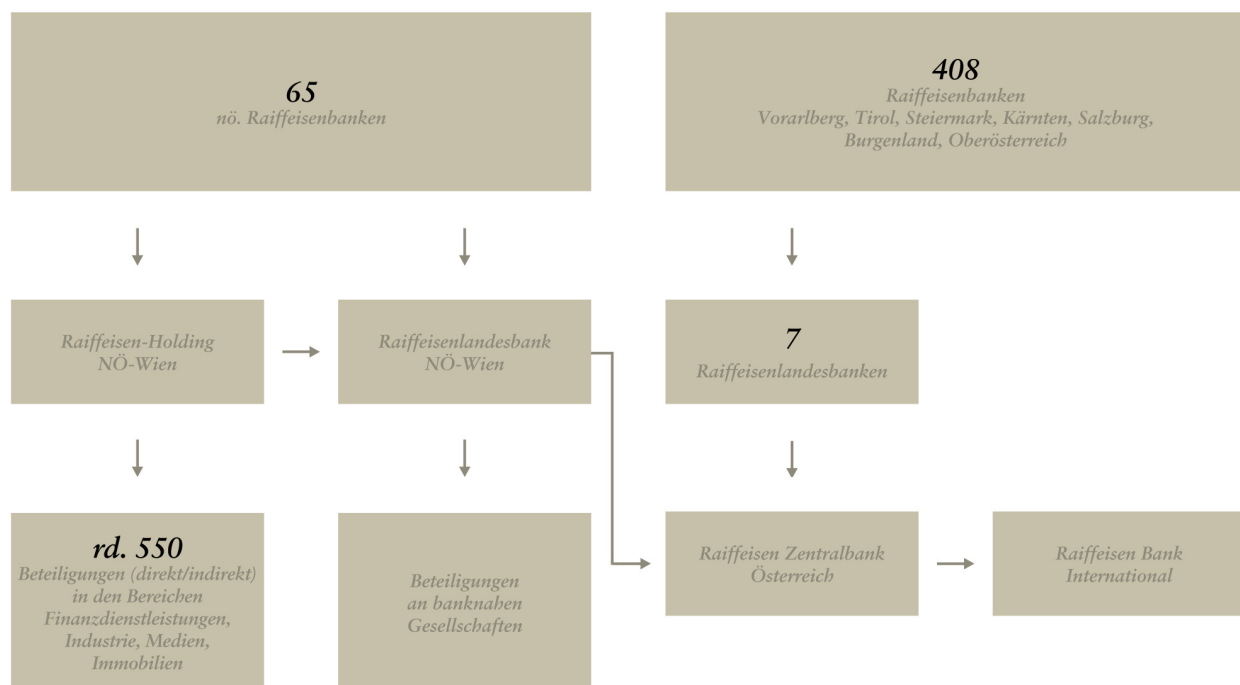
Raiffeisen NÖ-Wien besteht aus der RLB NÖ-Wien mit den nö. Raiffeisenbanken sowie einer der größten privaten Beteiligungsholdings Österreichs, der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken beschäftigen in Wien und Niederösterreich rund 4.400 Mitarbeiter an 570 Standorten. Gemeinsam betreuen sie rd. 1,2 Mio. Kunden umfassend in allen Finanzfragen.

In der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sind die Unternehmensbeteiligungen von Raiffeisen NÖ-Wien gebündelt. Als Genossenschaft steht sie im Eigentum ihrer Mitglieder, deren wichtigste Gruppe die nö. Raiffeisenbanken sind. Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hält Mehr- und Minderheitsbeteiligungen an mehreren Hundert Unternehmen mit rund 152.000 Mitarbeitern weltweit.

Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

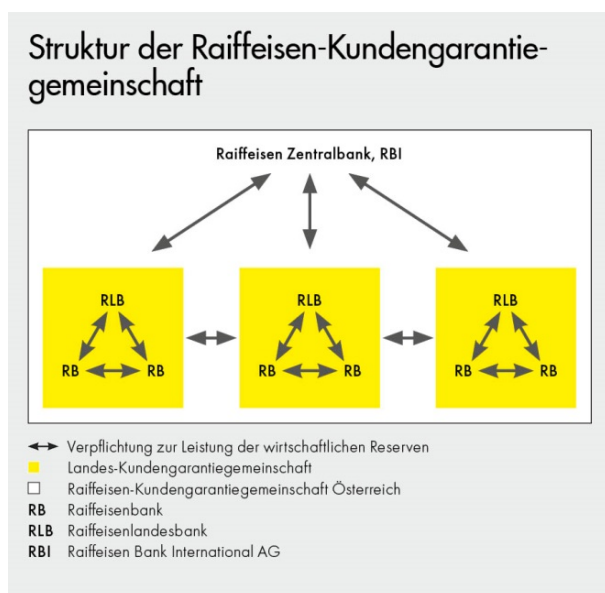
Stand: 31. Dezember 2014



Als aktive Verbundbank unterstützt die RLB NÖ-Wien die nö. Raiffeisenbanken mit ihren Services und Dienstleistungen umfassend bei ihren Marktaktivitäten. Aufgrund des herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds steht dabei vor allem die

Nutzung von Synergien im Vordergrund. Eine wesentliche Aufgabe der RLB NÖ-Wien liegt im Management der Liquidität für die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien (Liquiditätsausgleichsfunktion).

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich



Im Jahr 2000 war die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich mit der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) Vorreiter bei der Einlagensicherung in Österreich. Die RKÖ hat rechtlich verbindlich gemacht, was innerhalb der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich von Beginn an galt: die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die RZB unterstützen einander so, dass kein Kunde und Gläubiger zu Schaden kommen soll. Die RKÖ garantiert in Ergänzung zur gesetzlichen österreichischen Einlagensicherung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken die

Einlagensicherheit für bis zu 100 % der Kundeneinlagen. Sie umfasst – im Gegensatz zur gesetzlichen Einlagensicherung – sämtliche Einlagen der Sparer, egal ob es sich um Privatkunden handelt oder um Unternehmen. Darüber hinaus gilt sie auch für alle Fremdwährungseinlagen sowie die eigenen Wertpapieremissionen der Mitgliedsbanken.

Die Landes-Kundengarantiegemeinschaften haben sich auf Bundesebene mit der RZB und der Raiffeisen Bank International AG (RBI) in der RKÖ zusammengeschlossen. Der RKÖ gehören heute rund 83 Prozent aller österreichischen Raiffeisenbanken an und sie umfasst rd. 94 % der gesamten Einlagen der RBG. Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken sind neben den Raiffeisenbanken und Raiffeisenlandesbanken aus sechs anderen Bundesländern, der RZB und RBI Mitglieder der RKÖ.

Im Bedarfsfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise nach einem genau geregelten Verteilungs- und Belastungsschlüssel herangezogen, sodass Kundeneinlagen selbst im Falle eines – noch nie da gewesenen – Konkurses einer teilnehmenden Bank, auch über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus, werthaltig bleiben. Sollte die Tragfähigkeit einer Landes-Kundengarantiegemeinschaft die Einlösung sämtlicher geschützter Kundenforderungen gegen eine insolvente Bank nicht ermöglichen, stehen die Vereinsmitglieder der RKÖ gemäß der Satzung für die Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen der insolventen Bank ein. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich angeboten.

Entwicklung der Märkte

Konjunkturschwäche in Europa; Erholung in den USA

In der Eurozone entwickelte sich die Wirtschaft 2014 schwächer als erwartet, und auch der Ausblick für 2015 ist verhalten. Im Jahresvergleich wurde 2014 – nach minus 0,4% im Vorjahr – ein bescheidenes BIP-Wachstum von 0,9% verzeichnet. Dieses war einerseits getrieben von soliden Wachstumswerten in Deutschland und einer Erholung in zuvor schwächer wachsenden Ländern (Spanien, Irland und Portugal), andererseits enttäuschte das Wirtschaftswachstum in großen Ländern wie Italien und Frankreich. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung trug zu einem deutlichen Rückgang der Inflation bei. Da fallende Rohstoffpreise diese Entwicklung noch verschärft haben, betrug der Preisauftrieb im Jahr 2014 im Schnitt lediglich 0,4% nach 1,4% im Vorjahr. Zumindest für Anfang 2015 ist mit einem Rückgang des Preisniveaus der Konsumgüter zu rechnen. Die Europäische Zentralbank (EZB) ergriff 2014 sowie Anfang 2015 weitere expansive und unkonventionelle Maßnahmen, um die Konjunktur zu stützen und Deflationsrisiken vorzubeugen. 2015 sollte der schwächere Außenwert des Euro unterstützend für einen Konjunkturaufschwung wirken. Die größten Risikofaktoren für die Konjunktur und die Finanzmärkte in Europa bleiben weiter die angespannte geopolitische Lage sowie deflationäre Tendenzen und Reformversäumnisse in einigen Ländern der Eurozone.

Insgesamt zeichnet sich derzeit eine starke Entkopplung der Konjunkturzyklen in Europa und den USA ab. Die US-Wirtschaft entwickelte sich im abgelaufenen Jahr ähnlich wie in den beiden Vorjahren und wuchs um 2,4%. Getragen wurde die Zunahme von privatem Konsum und Unternehmensinvestitionen. Die privaten Konsumausgaben profitierten von der guten Lage am Arbeitsmarkt, moderat steigenden Löhnen sowie den in der zweiten Jahreshälfte deutlich gesunkenen Energiepreisen. Anders als noch in den drei Jahren zuvor dämpft die Konsolidierung der Staatsausgaben die Wirtschaftsaktivität in den USA kaum noch. Auch wenn die Zunahme der Wirtschaftsleistung hinter der Dynamik früherer Aufschwungphasen zurückblieb, setzte sich die kräftige Erholung auf dem Arbeitsmarkt fort. Die Arbeitslosenquote

sank im Jahresverlauf von 6,7% auf 5,6% und lag damit nur noch knapp über dem Vollbeschäftigungs-Niveau.

CEE von divergenten Entwicklungen geprägt

Die 2012 und 2013 prägende konjunkturelle Erholung in CEE schwächte sich 2014 ab. Im vergangenen Jahr verzeichnete die Gesamtregion CEE ein Wirtschaftswachstum von 1,0% und schnitt damit nur unwesentlich besser ab als die Eurozone. Diese Entwicklung war vorrangig getrieben von der Situation in Russland und der Ukraine. Hier mündeten geopolitische Risiken gekoppelt mit strukturellen Schwächen in eine Stagnation (Russland) bzw. in eine tiefe Anpassungsrezession (Ukraine). Um notwendige strukturelle und institutionelle Umstrukturierungen in der Ukraine zu erleichtern und Finanzmarktrisiken abzusichern, erhielt die Ukraine 2014 umfangreiche Finanzhilfen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von der EU, die 2015 aufgestockt wurden.

Im Gegensatz zum von Russland überlagerten Trend in der Gesamtregion entwickelten sich die Volkswirtschaften in CE und SEE 2014 solide. In CE wurde ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 2,9% verzeichnet, in SEE von 1,4%. Neben den Exporten erholte sich vor allem in den CE-Ländern die Binnennachfrage deutlich. Die solide wirtschaftliche Entwicklung in CE ist breit angelegt, zudem wiesen alle CE-Länder 2014 deutlich positive BIP-Wachstumsraten auf. Die Tschechische Republik, Ungarn sowie Slowenien kehrten damit den Trend der Stagnation bzw. Rezession der Vorjahre um. In CE stachen bei der wirtschaftlichen Entwicklung 2014 vor allem Polen und Ungarn hervor. In diesen Ländern wurde ein BIP-Wachstum von mehr als 3% erzielt. In der Slowakei und Slowenien legte die Wirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum um rund 2,5% zu, in der Tschechischen Republik um 2,0%. Für 2015 wird in CE weiterhin ein solides BIP-Wachstum von 3,0% erwartet. Haupttreiber hierfür sind eine weiterhin solide Entwicklung in Deutschland sowie eine zunehmende Stärkung der heimischen Nachfrage und Investitionen.

Die sich 2014 bereits abzeichnende Eintrübung der Wirtschaftsdynamik in Russland, der Ukraine und Belarus dürfte sich 2015 fortsetzen. Russland wird nach einer Stagnation

2014 im Jahr 2015 voraussichtlich mit einem BIP-Rückgang um 4% eine Rezession erleben. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Belarus ab, wo zumindest ein leichter Rückgang des BIP erwartet wird. Ohne eine weitere Verschärfung der geopolitischen Situation könnte die Wirtschaft in Russland 2016 wieder in den moderaten Wachstumsbereich zurückkehren. In der Ukraine wird sich die 2014 begonnene Anpassungsrezession 2015 fortsetzen, es wird daher ein BIP-Rückgang von mindestens 5,5% erwartet. Falls umfassende Reformen nicht gelingen, könnte sich die wirtschaftliche und finanzielle Neuausrichtung in der Ukraine deutlich diffiziler gestalten. Das Land dürfte 2015 und 2016 weiter auf substantielle finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein.

Konjunktur in Österreich bleibt hinter Erwartungen zurück

Die heimische Wirtschaft verlor im Verlauf des Jahres 2014 erheblich an Schwung und schwenkte auf einen Stagnationspfad ein. Nach der positiven Entwicklung gegen Ende 2013 verlangsamte sich im Jahresverlauf das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) immer mehr. Insbesondere die Exporte und die Investitionstätigkeit entwickelten sich schwach. Während dies ein eurozonenweites Phänomen war, ist das überraschend niedrige Wachstum des privaten Konsums ein zum Großteil hausgemachtes Problem: Österreich hat aufgrund der stark steigenden Steuern und Gebühren (z.B. die Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer) 2014 die höchste Inflationsrate der Eurozone. Dies in Kombination mit der kalten Progression, die die (niedrigen) Lohnzuwächse wieder relativiert, lässt die Reallöhne sinken und schwächt damit die Kaufkraft. Tatsächlich gehen die Netto-pro-Kopf-Einkommen der Österreicher nun schon seit vier Jahren zurück, die Sparquote ist von 12,1% vor dem Beginn der Finanzkrise auf 7,4% zum Ende des 3. Quartals 2014 gesunken.

Österreich wird im Unterschied zu den Vorjahren das Eurozonen-Wachstum nicht mehr übertreffen können. Der BIP-Zuwachs von 0,3% im Jahr 2014 bedeutet im Vergleich zu einem Eurozonen-Wert von 0,9%, dass der „Österreich-Bonus“ vorerst verloren ist. Trotz der geringfügigen Wachs-

tumsbeschleunigung ist die Inflationsrate im europäischen Vergleich hoch. Sie hat sich zwar von 1,5% zu Jahresbeginn wegen der niedrigen Energierohstoffpreise auf 0,8% im Dezember reduziert, die Erwartung, dass sich die Produktionslücke bis Ende 2016 noch nicht geschlossen haben wird, hält sie trotzdem auf hohem Niveau. Es ergibt sich daraus eine Teuerungsrate von 1,5% im Jahr 2014.

Globale Währungen

Im ersten Halbjahr 2014 bewegte sich der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar in einer geringen Bandbreite zwischen EUR/USD 1,35 und EUR/USD 1,39. In der zweiten Jahreshälfte setzte eine Talfahrt des Euro ein, die die Gemeinschaftswährung bis zum Jahresende auf EUR/USD 1,21 drückte. Zu Jahresbeginn beschleunigte sich der Abwärtstrend des Euro nochmals. Anfang März 2015 notiert er zum Dollar bei 1,12. Treiber der Wechselkursentwicklung war im Wesentlichen die Geldpolitik der EZB sowie der US-Notenbank. Seit Mitte 2014 zeichnete sich ab, dass die US-Notenbank mit der Normalisierung ihrer Geldpolitik beginnen würde. Ein erster Schritt wurde mit der Einstellung der Anleihekäufe im November 2014 getan. Gleichzeitig verdichteten sich die Anzeichen, dass die EZB ein solches Anleihekaufprogramm in absehbarer Zeit verabschieden würde.

In 2014 pendelte der Schweizer Franken zum Euro zwischen knapp 1,20 und 1,24, wobei der Durchschnittskurs bei 1,22 lag. War der Franken zu Jahresbeginn 2014 eher auf der schwächeren Seite, wurde dieser infolge der geopolitischen Unsicherheiten ab dem Frühjahr einmal mehr zur Fluchtwährung und wertete seitdem beständig auf. Daneben trugen die expansive Geldpolitik der EZB und die schrumpfenden Zinsdifferenzen zwischen der Eurozone und der Schweiz zur Aufwertung des Franken bei. Gegen Ende des Jahres nahm der Aufwertungsdruck des Franken gegenüber dem EUR derart zu, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) negative Leitzinsen einführte. Am 15. Jänner 2015 hob die SNB dann überraschend den Mindestkurs für EUR/CHF von 1,20 auf, beteuerte aber, bei der Gestaltung der Geldpolitik auch künftig der Wechselkurssituation Rechnung tragen zu wollen und deshalb bei Bedarf am Devisenmarkt aktiv zu bleiben.

Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage 2014

Für das L-IPS wird erstmals für das Geschäftsjahr 2014 eine aggregierte Bilanz zum 31. Dezember 2014 und eine aggregierte GuV gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR erstellt. Auf-

grund der erstmaligen Erstellung sind keine Vorjahreszahlen als Vergleichsbasis verfügbar.

in TEUR	2014
Nettozinsertrag	470.123
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	217.410
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	-179.242
Provisionsüberschuss	172.753
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	6.495
Sonstige betriebliche Erträge	136.569
Betriebserträge	824.108
Personalaufwand	-323.553
Sachaufwand	-245.342
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-568.895
Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-34.363
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-167.017
Betriebsaufwendungen	-770.275
Betriebsergebnis	53.834

Der **Nettozinsertrag** lag im Jahr 2014 bei EUR 470,1 Mio., zu dem die nö. Raiffeisenbanken EUR 331 Mio. bzw. 70% beitrugen. Im Einlagengeschäft belasteten der starke Wettbewerb und das historisch niedrige Zinsniveau die erzielbaren Margen und stellten sowohl die RLB NÖ-Wien als auch die nö. Raiffeisenbanken anhaltend vor große Herausforderungen.

Durch konsequente Konditionenpolitik, Wachstum im Aktivgeschäft und entsprechende Ergebnisbeiträge aus der Eigenveranlagung konnte ein ansprechendes Zinsergebnis erwirtschaftet werden.

Die **Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen** i.H.v. EUR 217,4 Mio. enthielten vor allem die Erträge aus den Beteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Das **Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen** dominiert das Jahresergebnis des L-IPS deutlich und ist im Wesentlichen für das negative EGT 2014 verantwortlich. In den

EUR -179,2 Mio. schlägt das RZB-Ergebnis anteilig mit EUR -112,3 Mio. zu Buche. Das negative Ergebnis der RZB ist vor allem auf das negative Konzernergebnis der RBI zurückzuführen. Angestiegene Risikokosten in der Ukraine aufgrund politischer Spannungen in dieser Region, die nachteilige Gesetzgebung in Ungarn sowie Firmenwertabschreibungen haben unter anderem das Konzernergebnis der RBI belastet. Die at equity Beteiligung an der RZB wurde aufgrund von diversen Trigger Events (unter anderem Rating-Downgrade, negative Effekte auf die Ertragslage) einem Wertminderungstest unterzogen. Als erzielbarer Wert wurde gemäß IAS 36.30 ein Nutzungswert auf Basis des Barwertes der zu erwartenden Cash Flows (DCF-Verfahren) ermittelt und dem at equity Buchwert gegenübergestellt, wodurch sich ein Wertminderungsbedarf von EUR -67 Mio. ergibt.

Der **Provisionsüberschuss** erreichte 2014 EUR 172,8 Mio., zu dem die nö. Raiffeisenbanken ca. 61% beitrugen.

Das **Ergebnis aus Finanzgeschäften** trägt lediglich mit EUR 6,5 Mio. zum Betriebsergebnis bei.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von EUR 136,6 Mio. enthielten von der RLB NÖ-Wien Erträge von Derivaten in Höhe von EUR 53,7 Mio. (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Erträge aus dem derivativen Geschäft).

Aus den beschriebenen Entwicklungen resultierten für das Geschäftsjahr 2014 **Betriebserträge** i.H.v. EUR 824,1 Mio.

Der **Personalaufwand** betrug im Jahr 2014 EUR 323,6 Mio., wovon knapp 2/3 auf die nö. Raiffeisenbanken entfielen. Als Ergebnis der Konsolidierungsbemühungen sowohl auf Ebene der nö. Raiffeisenbanken als auch der RLB NÖ-Wien war der Mitarbeiterstand im Jahr 2014 in Summe leicht rückläufig.

Der **Sachaufwand** betrug im Jahr 2014 EUR 245,3 Mio. Davon entfielen EUR 122 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken,

EUR 95 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 27 Mio. auf die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Bereinigt um die Aufwendungen für Derivate i.H.v. EUR 101 Mio. (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Aufwendungen aus dem derivativen Geschäft und das Rückstellungserfordernis für Zinsderivate in funktionalen Einheiten), die in der RLB NÖ-Wien anfielen, betragen die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** EUR 66 Mio. Darin enthalten waren auch Rückstellungsdotierungen für etwaige Kundenansprüche aus Wertpapiergeschäften sowie Aufwendungen für Schadensfälle.

In Summe lagen die **Betriebsaufwendungen** im Jahr 2014 bei EUR 770,3 Mio.

Für das L-IPS wird im Jahr 2014 ein **Betriebsergebnis** i.H.v. EUR 53,8 Mio. ausgewiesen.

in TEUR	2014
Betriebsergebnis	53.834
Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren Umlaufvermögen Bankbuch	-79.615
Ergebnis aus Wertpapieren Anlagevermögen und Beteiligungen	-51.539
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-77.320
Außerordentliches Ergebnis	18
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-19.415
Sonstige Steuern	-27.039
Jahresfehlbetrag	-123.755
Rücklagenbewegung	-53.813
Jahresverlust	-177.568
Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-5.255
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	8.951
Bilanzverlust	-173.871

Das **Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren des Bankbuch Umlaufvermögens** betrug EUR -79,6 Mio, wovon ca. EUR -50 Mio. auf Risikovorsorgen der RLB NÖ-Wien entfielen.

Das **Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens und Beteiligungen** beläuft sich auf EUR -51,5 Mio. Darin enthalten sind vor allem Bewertungserfordernisse für Beteiligungen in der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sowie in vergleichsweise geringem Umfang

Veräußerungsgewinne von Wertpapieren bei der RLB NÖ-Wien und den nö. Raiffeisenbanken.

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen beträgt in Summe im Jahr 2014 EUR -131 Mio.

Das EGT war mit EUR -77,3 Mio. negativ.

Der **Jahresfehlbetrag** i.H.v. EUR -123,8 Mio. berücksichtigt die Steuern vom Einkommen und Ertrag (EUR -19,4 Mio) sowie die sonstigen Steuern (EUR -27,0 Mio.). Dieser Posten wird fast ausschließlich von der Bankenabgabe dominiert.

Die Rücklagenbewegung i.H.v. EUR-53,8 Mio. enthält vor allem Zuweisungen der Raiffeisenbanken an die Gewinnrück-

lage. In der Rücklagenbewegung wird auch der Beitrag der RLB NÖ-Wien und der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien an das B-IPS – das gemeinsam mit der RZB und den anderen Raiffeisenlandesbanken gegründete Institutsbezogene Sicherungssystem im Sinne der Bestimmungen der CRR – zur Dotierung eines ex-ante Fonds i.H.v. EUR 4 Mio. ausgewiesen.

Nach Berücksichtigung der **Rücklagenbewegung** beträgt der Jahresverlust des L-IPS per 31. Dezember 2014 EUR -177,6 Mio.

Abzüglich der festen Vergütung für Partizipationskapital der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (EUR -5,3 Mio.) und zuzüglich des Gewinnvortrags i.H.v. EUR 9,0 Mio. ergibt sich ein Bilanzverlust i.H.v. EUR -173,9 Mio.

Bilanzstruktur 2014

Die Bilanzstruktur des L-IPS ist aktivseitig dominiert von der Position Forderungen an Kunden. Das starke Kreditwachstum sowohl bei den nö. Raiffeisenbanken als auch bei der RLB NÖ-Wien unterstreicht die starke Markt- und Kundenorien-

tierung der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien. Auf der Passivseite unterstreicht der hohe Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ca. 55% der Bilanzsumme) die solide Refinanzierungsstruktur des L-IPS.

Aktiva

in EUR Mio.	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute	5.289
Forderungen an Kunden	22.134
Festverz. u. nicht festverz. Wertpapiere	6.662
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	3.294
Übrige Aktiva	1.928
Bilanzsumme	39.307

Die **Forderungen an Kreditinstitute** betragen zum 31. Dezember 2014 EUR 5.289 Mio. und entfielen fast ausschließlich auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien.

Die **Forderungen an Kunden** lagen zum 31. Dezember 2014 bei EUR 22.134 Mio. Davon entfielen EUR 11.922 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 9.791 Mio. auf die nö.

Raiffeisenbanken. Im Rahmen einer aktiven Marktbearbeitung wurden dabei im Jahr 2014 auch günstige Refinanzierungsmittel der EZB („Investitionsmilliarde“) genutzt.

Der **Wertpapierbestand** liegt im Jahr 2014 bei EUR 6.662 Mio.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** wiesen zum 31. Dezember 2014 einen Stand von EUR 3.294 Mio. auf. Darin waren sowohl die von der RLB NÖ-Wien (indirekt) gehaltene Beteiligung an der RZB als auch die Industriebeteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien enthalten.

Das Volumen der **übrigen Aktiva** betrug EUR 1.928 Mio. Darin enthalten ist das Sachanlagenvermögen, der Kassenbestand und die Handelsbuchderivate der RLB NÖ-Wien.

Passiva

in EUR Mio.	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.837
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ohne Spar)	10.294
Spareinlagen	11.391
Verbriefte Verbindlichkeiten i.w.S.	6.701
Rückstellungen	407
Eigenkapital	2.868
übrige Passiva	809
Bilanzsumme	39.307

Das Volumen der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beträgt zum Bilanzstichtag 2014 EUR 6.837 Mio. Diese Refinanzierungsmittel werden von der RLB NÖ-Wien aufgebracht. Im Jahr 2014 nahm die RLB NÖ-Wien am TLTRO (zielgerichtete langfristige Refinanzierungsgeschäfte der EZB) mit einem Volumen von EUR 940 Mio. teil. Diese günstigen Refinanzierungsmittel wurden von der RLB NÖ-Wien und den nö. Raiffeisenbanken in Form von Krediten an die Kunden weitergereicht.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inklusive Spareinlagen** betragen EUR 21.685 Mio., die zu ca. zwei Drittel den nö. Raiffeisenbanken zuzuordnen waren (überwiegend in Form von Spareinlagen). Obwohl es das historisch niedrige Zinsniveau schwer macht, Anleger von der sicheren Veranlagungsform der Spareinlage zu überzeugen, konnten die nö. Raiffeisenbanken das Volumen halten. Bei der RLB NÖ-Wien wurden im Jahr 2014 Abflüsse durch konsequente Konditionenpolitik in Kauf genommen.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten i.w.S.** (inklusive Ergänzungskapital) lagen zum 31. Dezember 2014 bei EUR 6.701 Mio. und wurden fast ausschließlich von der RLB NÖ-Wien emittiert. Aufgrund der günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten über die EZB war es für die RLB NÖ-Wien im Jahr 2014 nicht erforderlich, auslaufende Emissionen zur Gänze durch Neubegabungen zu ersetzen.

Das L-IPS hat zum Bilanzstichtag 2014 **Eigenkapital** i.H.v. EUR 2.868 Mio. zu Buche stehen. Das Eigenkapital setzt sich überwiegend aus Gewinnrücklagen zusammen (EUR 2.080 Mio.).

Die Position **übrige Passiva** beinhaltet die **Sonstigen Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungsposten** und betrug per 31. Dezember 2014 EUR 809 Mio.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Erfolgskennzahlen

Die **Cost/Income-Ratio** – das sind die Betriebsaufwendungen im Verhältnis zu den Betriebserträgen – lag im Jahr 2014 bei 93,5%. Diese hohe Cost/Income-Ratio war zum einen auf das stark negative, die Betriebserträge kürzende Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen zurückzuführen. Zum anderen führt der Ausweis des Ergebnisses aus Derivaten (in sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten) zu einer Erhöhung der Quote.

Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Seit 1. Jänner 2014 sind auch für das L-IPS die Bestimmungen nach Basel III gemäß CRR sowie die in das BWG übernommenen Bestimmungen der Capital Requirements Directive (CRD) IV für die Berechnung der Eigenmittel maßgeblich. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des L-IPS werden originär auf Basis der Zahlen des IPS errechnet. Der Buchwert der Beteiligung an der RZB wird wie andere Beteiligungen an Kreditinstituten nach Berücksichtigung des entsprechenden Freibetrags und unter Anwendung der bezughabenden Übergangsbestimmungen der CRR abgezogen.

in TEUR	2014
Eingezahltes Kapital	227.806
Einbehaltene Gewinne	2.568.190
Hartes Kernkapital vor Abzugsposten	2.795.996
Immaterielle Vermögensgegenstände inkl. Firmenwerte	-6.198
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-946.998
Korrekturposten bonitätsbedingte Wertänderung Derivate	-2.397
Wertanpassung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.520
Hartes Kernkapital nach Abzugsposten (CET1)	1.837.883
Zusätzliches Kernkapital	276.000
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0
Sonstige Übergangsanpassungen	-276.000
Zusätzliches Kernkapital nach Abzugsposten (AT1)	0
Kernkapital nach Abzugsposten (T1)	1.837.883
Ergänzungskapital	773.293
Haftsummenzuschlag	369.710
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach Standardansatz	61.400
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-412.451
Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten (T2)	791.952
Gesamte anrechenbare Eigenmittel	2.629.835
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	1.865.276
Eigenmittelüberschuss	764.560
Überdeckungsquote in %	41,0
Harte Kernkapitalquote in % (CET1 Ratio)	7,9
Kernkapitalquote in % (Tier 1 Ratio)	7,9
Eigenmittelquote in % (Total Capital Ratio)	11,3

Die **anrechenbaren Eigenmittel** des IPS NÖ-Wien erreichten zum 31. Dezember 2014 ein Volumen von EUR 2.630 Mio.

Die **Common Equity Tier 1 (CET 1) Ratio** (transitional) beträgt per 31. Dezember 2014 7,9%. Die **Total Capital**

Ratio beträgt 11,3%. Beide Kennzahlen liegen damit deutlich über dem gesetzlichen Mindestanforderung von 4,0% bzw. 8,0%. Das L-IPS verfügt demnach über eine ausreichende Eigenmittelbasis.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das L-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Solidaritätsverein trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des L-IPS entsprechenden Früherkennungssystems. Er bedient sich dabei zur Erfüllung seiner Aufgaben der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien. Mit der Erstellung der für das L-IPS erforderlichen Berichte (Bilanz, GuV, Lagebericht und Risikobericht) sowie der Eigenmittelberechnung wurde die RLB NÖ-Wien beauftragt, die damit auch die Verantwortung für ein angemessenes internes Kontrollsystem (IKS) hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses trägt.

Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im L-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsverrechnung gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR entschieden. In der Folge soll sowohl hinsichtlich der erweitert aggregierten Zusammenfassungsverrechnung als auch hinsichtlich der für den L-IPS-Bericht notwendigen Bilanz und GuV von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten GuV gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von „Konsolidierung“ gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutsgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR wird das L-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des L-IPS herunter zu brechen. Somit erfolgen von diesem Grundsatz her etwa

keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des L-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des L-IPS.

Kontrollumfeld

In der RLB NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien bzw. bei den Raiffeisenbanken durch das Rechnungswesen. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sowie Raiffeisenbanken sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich.

IPS-Konsolidierung

Im L-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den 61 nö. Raiffeisenbanken, der RLB NÖ-Wien, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien sowie den restlichen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe und dem Solidaritätsverein und seinen Töchtern. Die erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind im für Banken anzuwendenden BWG-Schema erstellt. Als Basis für den L-IPS Bericht werden die Jahresabschlüsse der Mitglieder nach UGB bzw. UGB/BWG herangezogen. Ausgenommen davon ist die RZB, für die nur ein Konzernabschluss auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verfügbar ist. Für Zwecke des L-IPS wird das Ergebnis der Equity-Bilanzierung aus dem IFRS-Rechnungslegungsabschluss herangezogen.

Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelverwendung der Eigenmittel führen. Es sind daher der Beteiligungsbuchwert u.a. der 61 nÖ. Raiffeisenbanken und das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Sollten diese Buchwerte höher sein als das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert verrechnet. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen des Geschäftsjahres sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen durchzuführen.

Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderem auch sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV wird samt Lage- und Risikobericht im Risikorat behandelt und zur Verabschiedung vorgelegt sowie im Rahmen des L-IPS-Berichtes auf der Internetseite der RLB NÖ-Wien veröffentlicht.

Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei den Positionen der GuV wird im Rahmen der erweiterten Aggregation grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich bestimmte Aufwands- und Ertragspositionen aus Geschäften zwischen den Mitgliedsinstituten ausgleichen und sich somit etwa das Zins- und Provisionsergebnis auch bei entsprechender Aufwands- und Ertragskonsolidierung nicht ändern würde. GuV-Positionen als Folge von Verflechtungen, die sich nicht ausgleichen und die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage haben (z.B. Dividendenausschüttungen innerhalb des L-IPS, Zu- und Abschreibungen auf Instrumente von L-IPS-Mitgliedern, Erträge aus Veräußerungstransaktionen innerhalb des L-IPS) werden konsolidiert.

Information und Kommunikation

Grundlage für die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind standardisierte Datenerhebungen von den erfassten Unternehmen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung für das L-IPS gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) iv) CRR sowie der Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das L-IPS gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im veröffentlichten Bericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweitert aggregierten Bilanz und GuV dargestellt. Die erweitert aggregierte Bilanz, die GuV, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom externen Abschlussprüfer geprüft.

Da für das L-IPS erstmals ein Bericht aufgestellt wird, sind keine adäquaten Vergleichszahlen aus den Vorjahren vorhanden.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

Bescheid

Die FMA erteilt als zuständige Behörde nach Maßgabe des Art. 113 Abs. 7 CRR iVm Art. 113 Abs. 6 CRR jedem der Mitglieder des L-IPS (siehe Allgemeine Informationen, Seite 6) jeweils als Antragsteller und Gegenpartei im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Landesebene, gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art. 113 Abs. 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung für das L-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex-ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen:

- Für das L-IPS ist eine konsolidierte Bilanz sowie GuV oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsverrechnung halbjährlich zu erstellen und der FMA zu melden. Dabei hat bis zum 31. Dezember 2015 ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard zur Anwendung zu kommen.
- Für sämtliche Mitglieder des L-IPS sowie für die nicht dem L-IPS angehörigen Mitglieder einer Kreditinstitutsgruppe eines Mitglieds des L-IPS sind für Zwecke der Eigenmittelberechnung des L-IPS ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard sowie einheitliche Bewertungsvorschriften bis zum 31. Dezember 2015 sicherzustellen.
- Im Bereich des Liquiditätsmanagements sind methodische Weiterentwicklungen vorzunehmen und der FMA auf monatlicher Basis die Liquidity Coverage Ratio (LCR)-Berechnung auf Ebene des L-IPS NÖ-Wien zu melden.

Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt dem Risikorat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter der RLB NÖ-Wien für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Weiters ist die Interne Revision der RLB NÖ-Wien in den Überwachungsprozess involviert. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die gültigen revisionspezifischen Regelwerke, die auf den Mindeststandards für die interne Revision der FMA sowie internationalen Best Practices basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Interne Revision.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften der RLB NÖ-Wien. Der Leiter des Interne Revision berichtet direkt an die Vorstände der RLB NÖ-Wien.

Funding

Die Banken im L-IPS refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Hauptrefinanzierungsquelle des L-IPS sind die Kundeneinlagen der 61 nÖ. Raiffeisenbanken und der RLB NÖ-Wien mit einem Volumen von EUR 21,7 Mrd. Ende 2014 und einem Anteil von 61,6 % an der Gesamtrefinanzierung. Den größten Anteil an den Kundeneinlagen haben Spareinlagen von Privatpersonen.

Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis für das L-IPS und macht es weniger anfällig für Turbulenzen an den Finanzmärkten.

in EUR Mio.	2014	Anteil
Kundeneinlagen	21.685	61,60%
Einlagen von Banken	6.837	19,40%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.832	18,80%
Nachrangige Verbindlichkeiten	870	16,60%
Gesamt	35.224	100,00%

Für die RLB NÖ-Wien als Spitzeninstitut der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien ist die Diversifizierung der Finanzierungsquellen ein strategisch wichtiges Thema. Seit 2007 verfügt die RLB NÖ-Wien über ein Rating der externen Ratingagentur Moody's Investors Service. Im Jahr 2007 wurde weiters zusätzlich zum österreichischen Emissionsprogramm das „Debt Issuance Programme“ der RLB NÖ-Wien aufgelegt, das als Basis für alle internationalen Emissionen dient. Die beiden Emissionsprogramme ermöglichen die Auflage sowohl von öffentlichen Anleihen als auch von maßgeschneiderten Privatplatzierungen.

Insbesondere der Markt für besicherte Anleihen wird von der RLB NÖ-Wien als strategisch wichtig angesehen, da diese

Anleiheform in Folge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen an Bedeutung gewinnen wird. Die RLB NÖ-Wien hat zwei Deckungsstöcke (öffentlich und hypothekarisch) eingerichtet, die unter Einbindung der niederösterreichischen Raiffeisenbanken weiter ausgebaut werden.

Aufgrund ihrer Kapitalmarktaktivität legt die RLB NÖ-Wien großen Wert auf eine transparente und aussagekräftige Kommunikation mit allen interessierten Akteuren, z.B. im Rahmen von Teilnahmen an Kapitalmarktkonferenzen, Investorenmeetings und Roadshows.

Im Jahr 2014 führten Bilanzstrukturoptimierung, stabile Kundeneinlagen und günstige Refinanzierungsmöglichkeiten auf besicherter Basis zu einem niedrigen Emissionsvolumen am Kapitalmarkt. Das stetig steigende Volumen des hypothekarischen Deckungsstocks der RLB NÖ-Wien bildet jedoch die Basis für weitere Transaktionen in den nächsten Jahren.

Zusätzlich zur Refinanzierung auf den Kapitalmärkten nutzt die RLB NÖ-Wien Investitionsprogramme der EZB, die das Kreditwachstum in der Eurozone fördern sollen. Auf der Grundlage des vierjährigen Langfristenders (TLTRO) der EZB wurde günstige Liquidität direkt für die Vergabe von Krediten zur Verfügung gestellt. Durch den Abschluss von bilateralen Verträgen mit den 61 nÖ. Raiffeisenbanken konnte im Jahr 2014 dabei die Grundlage für die Berechnung des potenziellen Tendervolumens deutlich erhöht und beträchtliche Synergien gehoben werden. Das durch die RLB NÖ-Wien in Anspruch genommene Volumen betrug letztendlich knapp EUR 1 Mrd. Das Modell wird 2015 fortgesetzt.

Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Per 15. Jänner 2015 wurde seitens der SNB die Sicherung des EUR-CHF-Kurses aufgehoben. Der daraufhin massive Kursanstieg des Schweizer Franken führte bei den Fremdwährungskrediten zu einer deutlichen Erhöhung des Obligos. Aufgrund des vergleichsweise geringen CHF Finanzierungsvolumens bzw. der guten Besicherungssituation (Tilgungsträger und hypothekarischen Sicherheiten) ist aus derzeitiger Sicht für das L-IPS im Jahr 2015 mit keinem wesentlichen Vorsorgebedarf zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der regulatorischen Anforderungen hat die RLB NÖ-Wien im Februar 2015 zur Stärkung der Kapitalausstattung die Veräußerung von Wertpapieren mit einem Volumen von circa EUR 1 Mrd. beschlossen.

Gemäß der ad-hoc-Meldung vom 9. Februar 2015 hat die RBI ihre Strategie in den Märkten von Russland und der Ukraine angepasst. Die Geschäftstätigkeit in diesen beiden Ländern wird in den kommenden zwei Jahren reduziert, in Ungarn ist eine weitere Optimierung geplant, Tochterbanken in Polen und Slowenien sowie eine Direktbank in der Slowakei sollen

verkauft werden. Darüber hinaus werden auch die Geschäftsaktivitäten in Asien und in den USA reduziert. Dies hat auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien und der übrigen Mitgliedsinstitute des IPS und somit auch auf die Vermögens- und Ertragslage des L-IPS in seiner Gesamtheit keinen unmittelbaren Einfluss. In der Bewertung und weiteren Entwicklung der Beteiligung der RLB NÖ-Wien an der RZB bestehen dadurch jedoch weiterhin Risiken und Unsicherheiten.

Am 1. März 2015 hat die FMA mittels Mandatsbescheid über die HETA ASSET RESOLUTION AG (HETA) ein Moratorium verhängt. Die Mitglieder des L-IPS halten Anleihen im Nominale von EUR 36 Mio. an der HETA, für die bereits entsprechende Vorsorgen gebildet wurden.

Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien Kreditinstitutsgruppe (KI-Gruppe) erfüllt die von der EZB mit Bescheid vom 10. März 2015 geforderten Eigenmittelanforderungen im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Evaluierungsverfahrens (SREP-Ratio).

Ausblick zur Entwicklung

Die erwarteten volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer schwachen Konjunktur und eines sehr niedrigen Zinsniveaus werden die Mitgliedsinstitute des L-IPS auch im Jahr 2015 vor große Herausforderungen stellen. Es ist mit einem anhaltenden Druck auf die Margen und damit auf das Zinsergebnis zu rechnen.

Der größte Unsicherheitsfaktor für die Ertragslage im Jahr 2015 ist die Entwicklung der Ergebnisse aus in der GuV at equity bilanzierten Unternehmen. Aufgrund der weiterhin unsicheren Entwicklungen insbesondere in Russland und der Ukraine sowie der von der RBI zu Beginn des Jahres 2015 verkündeten Reduktion des Geschäftsvolumens bleibt das Ergebnis der RZB für 2015 abzuwarten bzw. sind negative Auswirkungen auf das Ergebnis des L-IPS nicht auszuschließen.

Die politische Krise in Russland und der Ukraine hat auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien und damit auf das L-IPS keinen unmittelbaren Einfluss. In der Bewertung und weiteren Entwicklung der RZB – sie hält an der RBI einen Anteil von 60,7 % – bestehen durch die Ereignisse in diesen Ländern jedoch weiterhin Risiken und Unsicherheiten. Gemäß der ad-hoc-Meldung vom 9. Februar 2015 hat die RBI ihre Strategie in diesen Märkten bereits angepasst. Die Geschäftstätigkeit in diesen beiden Ländern wird in den kommenden zwei Jahren reduziert, in Ungarn ist eine weitere Optimierung geplant, Tochterbanken in Polen und Slowenien sowie eine Direktbank in der Slowakei sollen verkauft werden. Darüber hinaus werden auch die Geschäftsaktivitäten in Asien und in den USA reduziert.

Per 15. Jänner 2015 wurde seitens der SNB die Sicherung des EUR-CHF-Kurses aufgehoben. Der daraufhin massive

Kursanstieg des Schweizer Franken führte bei den Fremdwährungskrediten zu einer deutlichen Erhöhung des Obligos. Aufgrund des vergleichsweise geringen CHF-Finanzierungsvolumens ist aus derzeitiger Sicht für die Mitglieder des L-IPS im Jahr 2015 mit keinem wesentlichen Vorsorgebedarf zu rechnen.

Zusätzliche Belastungen sind aufgrund regulatorischer Bestimmungen zu erwarten: Zum einen werden die Bestimmungen zur Einlagensicherung überarbeitet, die als wesentlichen Baustein die Dotierung eines Sicherungsfonds vorsehen. Zum anderen sind Dotierungen für die Einrichtung eines europäischen Abwicklungsfonds zu erwarten, der ebenfalls im Rahmen der neu strukturierten Bankenaufsicht, beginnend ab dem Jahr 2015, aufgebaut werden soll. Die genaue Höhe der Dotierungserfordernisse ist ebenso offen wie eine etwaige Anrechenbarkeit auf bestehende Zahlungen (z.B. Stabilitätsabgabe).

Die Mitgliedsinstitute des L-IPS unterliegen in ihrer Geschäftstätigkeit nationalem Recht und EU-Recht, wobei in letzter Zeit Änderungen sowie die Erlassung neuer Gesetze, EU-Richtlinien und -Verordnungen zu Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen führten. Auch in Zukunft ist mit weiteren Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen zu rechnen. Damit gehen erhöhte Anforderungen und eine strengere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Mitgliedsinstitute des L-IPS auch in Zukunft in Gerichts- und Verwaltungsverfahren involviert sein werden und dass solche allfälligen zukünftigen Verfahren bzw. deren allfälliger negativer Ausgang nachteilige Auswirkungen für die Mitgliedsinstitute haben können.

RISIKOBERICHT

Risikobericht

Risiken von Finanzinstrumenten

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat im Rahmen des Früherkennungssystems die Erfassung, Quantifizierung, Überwachung und Berichterstattung der Risiken für den Kreis L-IPS (Raiffeisenbanken NÖ, RLB NÖ-Wien und Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) konzipiert und dargestellt. Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des L-IPS,

aber auch des L-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des L-IPS. Die Mitglieder des L-IPS kommen überein, dass das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe Niederösterreich-Wien als Früherkennungssystem des L-IPS verwendet wird.

Grundsätze der Früherkennung

Unter dem Begriff „Früherkennung“ wird die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des L-IPS, aber auch beim L-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, verstanden. Unter dem Begriff „ökonomische Fehlentwicklung“ sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mittelfristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des L-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind.

Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah

und schon im Keim zu erkennen, darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft den Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hinsichtlich aller Mitglieder des L-IPS und des L-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller L-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der L-IPS Mitglieder festgelegt.

Organisation des Risikomanagements

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat sich durch Mitunterfertigung des L-IPS Vertrages dazu verpflichtet, dieses Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das L-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems ist die Festsetzung von L-IPS Standards, die Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des L-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS-Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des L-IPS ändern, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisen-

Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese L-IPS Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des L-IPS zu modifizieren.

bankengruppe NÖ-Wien diese im Einvernehmen mit dem Risikorat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für das L-IPS erstellt der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien eine quartalsweise aktualisierte umfas-

sende ökonomische Bewertung des L-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikorat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikorat auch dem Raiffeisen-Revisionsverband Niederösterreich-Wien seitens des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien umgehend den Risikorat hiervon informieren.

Die Mitglieder des L-IPS werden mit dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien im Betrieb des Früherkennungssystems L-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer, jeweils in Kraft stehender Verpflichtungen, dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien alle hierfür notwendigen Daten zur Verfügung stellen. Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien kann sich für Zwecke des L-IPS der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien bedienen.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Er ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die gesammelten Daten der Mitglieder des L-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliedsinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden. Die nÖ Raiffeisenbanken werden dabei von der Abteilung Betriebswirtschaftliche Beratung der RLB NÖ-Wien durch landesweit einheitliche Risikoanalysen und –reports unterstützt.

Risikorat

Im Rahmen dieses L-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in allen Angelegenheiten. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien getroffen (siehe dazu auch im Lagebericht S. 5).

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossene Vereinbarung über die Errichtung des „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (IPS-Vertrag).

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des L-IPS und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Früherkennungs-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch die RLB NÖ-Wien, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Der Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. nÖ Landesrevisionsverband eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das L-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien erfolgt im Rahmen des Risikorats des L-IPS. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte Raiffeisenbankengruppe ein Risikobericht auf konsolidierter Basis erstellt, der sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Diese Risikoarten werden durch den Ansatz des makroökonomischen Risikos, des Fremdwährungsrisikos und eines Puffers für sonstige Risiken ergänzt. Neben einem regelmäßigen Monitoring der Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und benchmark-basiertes Frühwarnsystem sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien. Im Rahmen des Sanierungsplans (Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz - BIRG)

wurde ein Stresstest aufgesetzt. Zusätzlich erfolgt die Konzeption zum integrierten Gesamtstresstest und Reverse-Stresstest. Diese werden 2015 implementiert.

Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des L-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normalfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des L-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen L-IPS Mitglieder geprüft.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive (Gone Concern)	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, anrechenbaren Eigenmitteln, stillen Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen nicht überschreiten.	99,9% abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Problemfall-Perspektive (Going Concern)	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwartetes Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital, stille Reserven und gebildete Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des L-IPS übersteigen.	95% - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	70-90% - basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Extremfall-Perspektive – Gone Concern

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildete Vorsorgen aus den Geschäften aller L-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche

von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das L-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des L-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresultimo rund 65,9%.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in TEUR	2014	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	1.144.713	34,5%
Kreditrisiko Kreditinstitute	130.109	3,9%
Sovereigns	5.974	0,2%
Kreditrisiko Retail	428.463	12,9%
Kreditrisiko LRG	91.303	2,7%
Kreditrisiko CIU's	8.309	0,3%
Vorsorge ausgefallener Forderungen	-535.422	-16,1%
Länderrisiko	61.274	1,8%
Beteiligungsrisiko	1.261.518	38,0%
Marktrisiko	298.486	9,0%
Operationelles Risiko	128.780	3,9%
Liquiditätsrisiko	0	0,0%
Makroökonomisches Risiko	140.490	4,2%
Risikopuffer	158.200	4,8%
Gesamt	3.322.196	100,0%

LRG: Abkürzung für Local and Regional Governments und entspricht regionalen Gebietskörperschaften wie z.B. Gemeinden

CIU: Collective Investment Undertaking und entspricht Fonds

Problemfall-Perspektive – Going Concern

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des L-IPS auf Basis des Going Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartetes Betriebsergebnis, Risikovorsorgen, überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das L-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das L-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Entwicklung der Analyse des Stresstests ist derzeit im Aufbau. Die Analyse basiert auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung resultiert damit aus

dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. Des Weiteren wird ein Reverse Stresstest im Bereich Kreditrisiko durchgeführt.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value at Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

Deckungsmasse

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung kommen unterschiedliche Szenarien zur Anwendung, die sich sowohl betreffend der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch der diesbezüglichen Deckungsmassen zur Abdeckung des Risikos unterscheiden.

Die Zusammensetzung der Deckungsmassen erfolgt in Szenarien wie unten dargestellt:

- Going Concern:
 - budgetiertes bzw. erwartetes Betriebsergebnis,
 - abzüglich Mindestausschüttung korrigiert um unterjährige Dotierung bzw. Auflösung von EWBs,
 - Gewinnvortrag,
 - freies Kapital,
 - stille Reserven,
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden
- Gone Concern:
 - Betriebsergebnis (Ytd)
 - Gewinnvortrag
 - anrechenbare Eigenmittel
 - stille Reserven
 - Vorsorge
 - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des L-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko stellen die mit Abstand wichtigsten Risikokategorien des L-IPS dar. Kreditrisiken im L-IPS werden durch die L-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Das Kreditrisiko wird sowohl auf Einzelkreditbasis der Kunden als auch auf Portfoliobasis beobachtet und analysiert.

Jedes Institut hat ein umfangreiches Kreditlimitsystem auf Kundenebene im Einsatz, um die nachhaltige Marktpräsenz sicherzustellen. Bei den Einzelengagements wird darauf Bedacht genommen, dass die Bewilligungsgrenzen des Institutes geringer gehalten werden als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Grenzen. Für die Beurteilung der Bonität und Werthaltigkeit der Sicherheiten wird von jedem L-IPS Mitglied das bundeseinheitliche Raiffeisen-Rating- und Sicherheiten-System herangezogen. Der Risikogehalt der Engagements wird über ein umfassendes Ratingsystem erfasst, das je nach Anforderung der Kundensegmente verschiedene Modellvarianten aufweist. Für die Risikomessung werden alle Kunden über diese Rating- und Scoringmodelle in jeweils neun lebende Bonitätsklassen eingeteilt. Die Klassifizierung der Ausfälle folgt den Bestimmungen der CRR und teilt diese in drei Ausfallklassen ein. Neue Ratingsysteme werden mittels statistischer Methoden entwickelt und nach umfangreicher Erstvalidierung eingesetzt. In die Ratingsysteme fließen sowohl quantitative Faktoren aus den Bilanzen als auch qualitative Faktoren (Soft Facts) ein. Ergänzt werden einige Rating/Scoringssysteme durch eine automatisierte Verhaltenskomponente.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der L-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür bei den L-IPS Mitgliedern jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Sehr gute Kreditwürdigkeit 1,5) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Kreditportfolio – Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallklassen für Unternehmen:

in TEUR		2014	Anteil
Internes Rating			
0,5	Minimales Risiko	810	0,0%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.010.023	5,7%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	5.688.768	32,4%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	4.410.088	25,1%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	2.851.368	16,2%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	1.904.091	10,8%
3,5	Knappere Kreditwürdigkeit	678.804	3,9%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	283.505	1,6%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	64.412	0,4%
5,0	90 Tage überfällig	37.320	0,2%
5,1	Andere Ausfallgründe	424.495	2,4%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	125.220	0,7%
	Nicht geratet	102.321	0,6%
Gesamt		17.581.224	100,0%

Das Kreditobligo bei Unternehmen belief sich zum Jahresende 2014 auf EUR 17.581,2 Mio., dies entsprach einem Anteil von 44,5% am gesamten Kreditobligo.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs – Probability of Default) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechender Modelle validiert.

Branchen- und Konzentrationsrisiken werden im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung überwacht und begrenzt.

Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des L-IPS:

in TEUR Internes Rating	2014	Anteil
Retail-Kunden - selbständig	4.139.394	43,7%
Retail-Kunden - unselbständig	5.328.774	56,3%
Gesamt	9.468.168	100,0%
davon notleidende Kredite	482.892	5,1%
davon Einzelwertberichtigungen	363.554	3,8%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	0	0,0%

Zum Jahresende 2014 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio ein Volumen von insgesamt EUR 9.468,2 Mio., dies entsprach einem Anteil von 24,0% am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungsklasse Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmodell der Raiffeisenbank International AG/Raiffeisenzentral-

bank AG (RBI/RZB) für diese Finanzinstitute, das auch für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien als Vorlage dient, basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in TEUR		2014	Anteil
Internes Rating			
0,5	Minimales Risiko	263.639	3,1%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	318.711	3,8%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	6.365.024	75,5%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	693.600	8,2%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	482.554	5,7%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	187.453	2,2%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	67.617	0,8%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	44.164	0,5%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	0	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallgründe	4.887	0,1%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	108	0,0%
	Nicht geratet	5.064	0,1%
Gesamt		8.432.821	100,0%

Das Kreditobligo an Kreditinstitute belief sich zum Jahresende 2014 auf EUR 8.432,8 Mio., dies entsprach einem Anteil von 21,3% am gesamten Kreditobligo.

Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staaten-ähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in TEUR		2014	Anteil
Internes Rating			
0,5	Minimales Risiko	2.656.711	65,6%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.044.171	25,8%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	68.200	1,7%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	90.099	2,2%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	185.767	4,6%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	1.214	0,0%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	0	0,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	67	0,0%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	1	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallgründe	176	0,0%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%
	Nicht geratet	2.718	0,1%
Gesamt		4.049.125	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2014 auf EUR 4.049,1 Mio., dies entsprach einem Anteil von 10,2% am gesamten Kreditobligo.

Kreditrisikominderungen

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das

L-IPS Institutsmitglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der L-IPS Mitgliedsinstitute festgelegt.

Die Forderungen an Kreditinstitute, Öffentlichen Sektor und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerteder Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

2014 in TEUR	Maximales Netto-Obligo	Kreditobligo Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten
Kreditinstitute	6.297.812	321.153	2.135.010
Öffentlicher Sektor	4.049.068	137.464	57
Unternehmen	10.502.675	3.743.216	7.078.549
Retail-Kunden - selbständig	1.688.351	577.915	2.451.043
Retail-Kunden - unselbständig	2.186.149	720.674	3.142.625
Gesamt	24.724.055	5.500.423	14.807.283

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Einheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Sanierungs-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigten sich insbesondere mit mittleren bis großen Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechtsabteilungen oder externen Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigun-

gen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorge

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im L-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwägt wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien bei den Mitgliedern des L-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Stand der gebildeten Kreditvorsorgen:

in TEUR	Stand 31.12.2014
Firmenkunden	354.586
Retail-Kunden	363.554
Öffentlicher Sektor	0
Summe Nichtbanken	718.140
Kreditinstitute	770
Gesamt	718.910

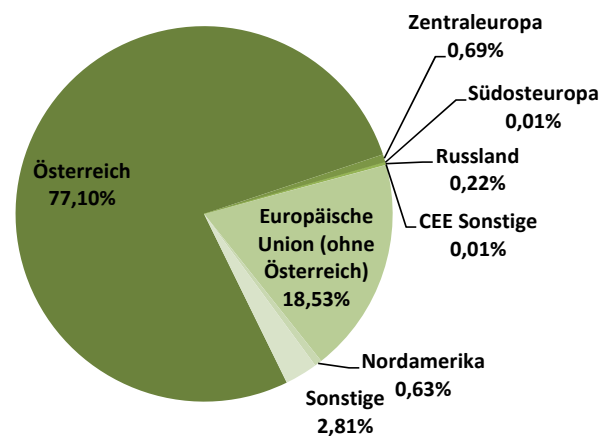
Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

in TEUR	NPL	NPL Ratio	NPL Coverage Ratio II
Ausgefallene notleidende Kredite gesamt	1.068.248	4,7%	90,6%

Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länderrisiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für „Crossborder“-Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratingeinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaige Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.



Die Länderverteilung zeigt einen Anteil von 77,1% des Obligos in Österreich und einen Anteil von 18,5% in der EU, was insgesamt 95,6% beträgt. Daher ist das darüber hinaus gehende Obligo mit 4,4% in anderen Regionen vernachlässigbar.

Beteiligungsrisiko

Im Hinblick auf das Beteiligungsrisiko werden folgende Teilrisikoarten gemessen, analysiert und überwacht:

- Dividendenausfallrisiko
- Teilwertabschreibungsrisiko
- Veräußerungsverlustrisiko
- Risiko aus gesetzlichen Nachschusspflichten
- Risiken aus strategischer (moralischer) Sanierungsverantwortung
- Risiko aus der Reduktion von stillen Reserven

Zur Quantifizierung der Beteiligungsrisiken basiert auf dem Verkehrswert der gehaltenen Beteiligungen.

Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR 99,9% 1 Tage) für das Marktrisiko der Handels- und Bankbücher je Risikoart dar.

Marktrisiko gesamt VaR 99,9% 1 d in TEUR	VaR per 31.12.2014
Zinsrisiko Bankbuch	8.718
Währungsrisiko	201
Preisrisiko Handelsbuch	1.564
Preisrisiko Bankbuch	1.830
Credit Spread Risiko	11.764
Gesamt	24.076

Marktrisiko

Die Mitglieder des L-IPS definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Alle Marktrisiken werden auf L-IPS-Ebene mittels Value at Risk (VaR)-Ansatz gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen L-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen gerechnet, für das Handelsbuch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

Währungsrisiko/Offene Devisenposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen in angeführten Währungen:

in TEUR	2014
AUD	-36
BGN	44
CAD	-19
CZK	1.032
DKK	39
EGP	1
GBP	253
HUF	189
JPY	2.665
MXN	3
PLN	8.725
RON	224
RUB	24
RSD	3
SEK	26
CHF	-419
TRY	14
USD	10.523
ISK	1
NOK	-30
OFX	1.743

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten

aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzinsänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsenertrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im L-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Credit Spreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzählung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die L-IPS Mitglieder sowie der Finanzierung bei anderen Banken. In Erfüllung ihrer Funktion als Zentralinstitut erfolgt der Großteil der Emissionstätigkeit über die RLB NÖ-Wien, die Raiffeisenbanken begeben gelegentlich Eigenemissionen (Kassenobligationen).

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf L-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und des von dieser unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RLB NÖ-Wien als Zentralinstitut und Hüterin des niederösterreichischen Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RLB NÖ-Wien nicht ausreichen, wird bei der ÖRE Liquiditätsbedarf angemeldet. Diesem wird bestmöglich von der RZB entsprochen bzw. kann der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Letztere ist subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewährten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsannahmen (kundeninduziertes Neugeschäft aufgrund der Rollierungsannahmen) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist es, die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz darzustellen. Diese können durch unterschiedliches Verhalten der Marktteilnehmer hervorgerufen werden, insbesondere betreffend die nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen.

Die Risikomessmethode des Liquiditätsrisikomanagements definiert sich für das L-IPS sowie deren Mitgliedern wird nachfolgend erläutert.

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein explizit geplantes Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts („Survival Period“) gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das L-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA folgende Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme,
- Survival Period.

Die „Operative Liquiditätstransformation“ (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Im Normalfall liegt die O-LFT des L-IPS für 1m mit 161% über dem Limit von 100%, im Problemfall fällt diese Kennzahl auf 124% - liegt somit weiterhin über dem Limit. Es gibt weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien Limitüberschreitungen.

Das zweite Modell, die „Strukturelle Liquiditätstransformation“ (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer des L-IPS die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die Limits für die S-LFT werden sowohl im Normalfall als auch den Krisenfällen erfüllt:

31.12.2014 Limit	18m 80%	2a 70%	3a 60%	5a	7a	10a	15a	20a 50%	30a	>30a
Normalfall	119%	121%		125%				133%		
Systemkrise	127%	127%		129%				139%		
Rufkrise	118%	119%		122%				150%		
Kombikrise	117%	119%		122%				150%		

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der „GBS-Quotient“, auch „Gap über Bilanzsumme“ dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an. Für das L-IPS wird weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien ein Limit überschritten.

Die Survival Period ist definiert als der Zeitraum bis zu dem die kumulierten Netto-Liquiditätsabflüsse über den Liquiditätspuffer gedeckt werden kann. Im Normalfall beträgt die Survival Period 7 Jahre und bleibt auch in den Krisenszenarien bei größer als ein Jahr.

Dem stärkeren Fokus auf die operative Liquidität des L-IPS wird zusätzlich über die wöchentliche OeNB-Liquiditätsmeldung Rechnung getragen. Dabei werden die erwarteten Zahlungseingänge den erwarteten Zahlungsausgängen gegenübergestellt und mit dem vorhandenen Liquiditätspuffer abgeglichen (dynamische Betrachtung).

Ende 2014 wurde ebenso erstmals die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das L-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht dient,

In der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-

an die Aufsicht gemeldet. (L-IPS LCR per 31.12.2014 über alle Währungen: 106,8%)

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallsplan festgelegt.

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind vom Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Internes Kontrollsystem

Abläufe, anhand derer eine Dokumentation der Kontrollmaßnahmen stattfindet.

Das Interne Kontrollsystem wirkt unterstützend bei:

- der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele durch eine wirksame und effiziente Geschäftsführung
- der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften (Compliance)
- dem Schutz des Geschäftsvermögens
- der Verhinderung, Verminderung und Aufdeckung von Fehlern und Unregelmäßigkeiten
- der Sicherstellung der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Buchführung
- der zeitgerechten und verlässlichen finanziellen Berichterstattung

Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting.

Sonstiges Risiko/Makroökonomisches Risiko

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien berücksichtigt im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse (RTFA) sowohl im Problem- als auch im Extremfall sonstige Risiken als Approximation über einen Aufschlag von 5% der quantifizierten Risiken.

Die Berücksichtigung der Risiken, die aus dem makroökonomischen Umfeld resultieren, stellen gesamtwirtschaftliche Verschlechterungen dar. Die Quantifizierung des makroökonomischen Risikos erfolgt im Rahmen des L-IPS durch Simulation des unerwarteten Verlustes unter Berücksichtigung einiger Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (wie Bruttoinlandsprodukt) sowie angenommener Ausfallwahrscheinlichkeiten.

AGGREGIERTE BILANZ

UND

AGGREGIERTE GEWINN- UND
VERLUSTRECHNUNG

Aggregierte Bilanz

in EUR	Aktiva	2014
1.	<i>Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern</i>	239.050.161,65
2.	<i>Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind</i>	2.874.288.171,49
	a) Schuldtitle öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.874.288.171,49
	b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel	0,00
3.	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	5.289.207.518,95
	a) täglich fällig	322.052.888,00
	b) sonstige Forderungen	4.967.154.630,95
4.	<i>Forderungen an Kunden</i>	22.133.734.065,83
5.	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	3.459.034.460,81
	a) von öffentlichen Emittenten	9.560.392,00
	b) von anderen Emittenten	3.449.474.068,81
	darunter: eigene Schuldverschreibungen	28.051.292,80
6.	<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	328.620.201,82
7.	<i>Beteiligungen</i>	2.108.961.444,80
	darunter: an Kreditinstituten	31.156.888,53
8.	<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	1.185.282.464,36
	darunter: an Kreditinstituten	0,00
9.	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</i>	6.197.588,67
10.	<i>Sachanlagen</i>	499.629.470,75
	darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	168.569.160,09
11.	<i>Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft</i>	0,00
	darunter: Nennwert	0,00
12.	<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	1.154.943.199,49
13.	<i>Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist</i>	1.231.822,09
14.	<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>	27.243.008,34
	Summe der Aktiva	39.307.423.579,05

in EUR	Posten unter der Bilanz	2014
1.	Auslandsaktiva	5.689.565.639,30

in EUR	Passiva	2014
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.837.301.189,28
	a) täglich fällig	739.645.328,95
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.097.655.860,33
2.	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	21.685.331.386,41
	a) Spareinlagen	11.391.303.117,31
	darunter:	
	aa) täglich fällig	0,00
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.391.303.117,31
	b) sonstige Verbindlichkeiten	10.294.028.269,10
	darunter:	
	aa) täglich fällig	9.283.049.919,51
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.010.978.349,59
3.	Verbriefte Verbindlichkeiten	5.831.571.238,55
	a) begebene Schuldverschreibungen	4.612.952.270,75
	b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.218.618.967,80
4.	Sonstige Verbindlichkeiten	757.108.496,86
5.	Rechnungsabgrenzungsposten	51.771.144,87
6.	Rückstellungen	406.831.379,85
	a) Rückstellungen für Abfertigungen	88.583.692,60
	b) Rückstellungen für Pensionen	72.098.802,30
	c) Steuerrückstellungen	13.688.475,69
	d) sonstige	232.460.409,26
6.A	Fonds für allgemeine Bankrisiken	174.456.091,80
7.	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	869.615.670,08
8.	Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,00
8.A	Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG	0,00
8.B	Instrumente ohne Stimmrecht gemäß § 26a BWG	181.802.867,00
9.	Gezeichnetes Kapital	58.939.191,78
10.	Kapitalrücklagen	90.533.433,49
	a) gebundene	21.800.376,00
	b) nicht gebundene	68.733.057,49
11.	Gewinnrücklagen	2.080.092.794,93
	a) gesetzliche Rücklage	21.452.010,00
	b) satzungsmäßige Rücklagen	1.146.185.818,77
	c) andere Rücklagen	912.454.966,16
12.	Haftrücklage gemäß 57 Abs. 5 BWG	423.474.120,00
13.	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-173.871.344,97
14.	Unversteuerte Rücklagen	32.465.919,11
	a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	25.149.744,32
	b) sonstige unversteuerte Rücklagen	7.316.174,79
	Summe der Passiva	39.307.423.579,05

in EUR	Posten unter der Bilanz	2014
1.	<i>Eventualverbindlichkeiten</i>	2.053.644.120,02
	darunter:	
	a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,00
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	2.021.017.330,72
2.	<i>Kreditrisiken</i>	6.473.448.250,00
	darunter:	
	Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00
3.	<i>Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften</i>	15.825.500,00
4.	<i>Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</i>	2.629.835.214,85
	darunter:	
	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	791.952.178,38
5.	<i>Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013^{*)}</i>	23.315.945.364,37
	darunter:	
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Harte Kernkapitalquote in %)	7,88
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	7,88
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)	11,28
6.	<i>Auslandspassiva</i>	5.721.216.496,68

Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

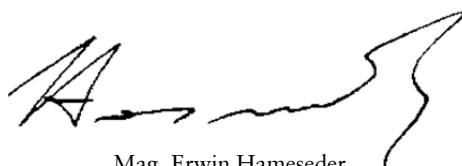
in EUR		2014
1.	Zinsen und ähnliche Erträge	980.608.420,34
	darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	205.242.118,98
2.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-510.485.435,71
I.	Nettozinsertrag	470.122.984,63
3.	Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	38.167.631,81
	a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	16.953.915,50
	b) Erträge aus Beteiligungen	19.246.150,52
	c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	181.209.473,53
	d) Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-179.241.907,74
4.	Provisionserträge	222.462.252,12
5.	Provisionsaufwendungen	-49.708.756,58
6.	Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	6.494.843,32
7.	Sonstige betriebliche Erträge	136.569.146,77
II.	Betriebserträge	824.108.102,07
8.	Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-568.894.764,81
	a) Personalaufwand	-323.552.756,67
	darunter:	
	aa) Löhne und Gehälter	-231.389.464,30
	bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-61.561.486,71
	cc) sonstiger Sozialaufwand	-4.232.747,47
	dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-11.324.802,73
	ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	-45.336,77
	ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-14.998.918,69
	b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-245.342.008,14
9.	Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-34.363.131,04
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-167.016.680,63
III.	Betriebsaufwendungen	-770.274.576,48
IV.	Betriebsergebnis	53.833.525,59
11./12.	Saldo aus den Auflösungen/Zuweisungen zu Wertberichtigungen aus Forderungen und zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken	-79.614.716,73
13./14.	Saldo aus den Auflösungen /Zuweisungen zu Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	-51.539.047,37

V.	<i>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</i>		-77.320.238,51
15.	Außerordentliche Erträge		9.879.132,23
	darunter: Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	9.750.000,00	
16.	Außerordentliche Aufwendungen		-9.860.793,48
	darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-9.000.000,00	
17.	Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)		18.338,75
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		-19.414.755,93
19.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen		-27.038.653,84
VI.	<i>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</i>		-123.755.309,53
20.	Rücklagenbewegung		-53.812.712,09
	darunter: Dotierung der Haftrücklage	72.000,00	
	Auflösung der Haftrücklage	0,00	
VII.	<i>Jahresgewinn/Jahresverlust</i>		-177.568.021,62
21.	Feste Vergütungen für Partizipationskapital		-5.254.724,00
22.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag		8.951.400,65
VIII.	<i>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</i>		-173.871.344,97

Institutsbezogenes Sicherungssystem
der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien
(L-IPS)

Wien, am 18. Juni 2015


Als Vertreter des L-IPS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erwin Hameseder', with a stylized flourish at the end.

Mag. Erwin Hameseder
Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 18. Juni 2015

Der Vorstand



Generaldirektor

Mag. Klaus BUCHLEITNER, MBA



Generaldirektor-Stellvertreter
Dr. Georg KRAFT-KINZ



Vorstandsdirektor
Mag. Andreas FLEISCHMANN, MSc



Vorstandsdirektor
Mag. Reinhard KARL



Vorstandsdirektor
Mag. Michael RAB

ANLAGEN

Anlagen

Anlage 1: 61 nö. Raiffeisenbanken

Raiffeisenbank Region Wagram eGen.
Raiffeisenbank Region Amstetten eGen.
Raiffeisenbank im Mostviertel Aschbach eGen.
Raiffeisenbank Auersthal-Bockfließ-Groß Schweinbarth eGen.
Raiffeisenbank Region Baden eGen.
Raiffeisenkasse Blindenmarkt eGen.
Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum eGen.
Raiffeisen-Regionalbank Gänserndorf eGen.
Raiffeisenkasse Dobersberg-Waldkirchen eGen.
Raiffeisenbank Eggenburg eGen.
Raiffeisenbank Thayatal-Mitte eGen.
Raiffeisenkasse Ernstbrunn eGen.
Raiffeisenbank NÖ-Süd Alpin eGen.
Raiffeisenbank Bernhardsthal-Großkrut-Altlichtenwarth eGen.
Raiffeisenkasse Großweikersdorf-Wiesendorf-Ruppersthal eGen.
Raiffeisenkasse Günselsdorf eGen.
Raiffeisen Regionalbank Mödling eGen.
Raiffeisenbank Seefeld-Hadres eGen.
Raiffeisenkasse Heiligeneich eGen.
Raiffeisenbank Hollabrunn eGen.
Raiffeisenbank Klosterneuburg eGen.
Raiffeisenkasse Kirchsschlag in der Buckligen Welt eGen.
Raiffeisenbank Korneuburg eGen.
Raiffeisenbank Krems eGen.
Raiffeisenbank Laa/Thaya eGen.
Raiffeisenbank Laaben - Maria Anzbach eGen.
Raiffeisenbank Oberes Waldviertel eGen.
Raiffeisenbank Langenlois eGen.
Raiffeisenkasse Kreuzenstein eGen.
Raiffeisenbank Traisen-Gölsental eGen.
Raiffeisenbank Region Schallerburg eGen.
Raiffeisenbank Michelhausen eGen.
Raiffeisenbank im Weinviertel eGen.
Raiffeisenkasse Neusiedl a.d. Zaya eGen.
Raiffeisenbank Gross Gerungs eGen.
Raiffeisenkasse Orth a. d. Donau eGen.
Raiffeisenbank Ottenschlag-Martinsberg eGen.
Raiffeisenbank Payerbach-Reichenau-Schwarzaau im Gebirge eGen.
Raiffeisenbank Piestingtal eGen.

Raiffeisenbank Pittental / Bucklige Welt eGen.
Raiffeisenbank Region Melk eGen.
Raiffeisenkasse Poysdorf eGen.
Raiffeisenbank Wienerwald eGen.
Raiffeisenkasse Retz-Pulkautal registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Raiffeisenbank Herzogenburg-Kapelln eGen.
Raiffeisenkasse St. Georgen am Ybbsfeld eGen.
Raiffeisenbank Region Schwechat eGen.
Raiffeisenbank Stockerau eGen.
Raiffeisenbank Neunkirchen - Schwarzatal-Mitte eGen.
Raiffeisenbank Tulln eGen.
Raiffeisenbank Vitis eGen.
Raiffeisenbank Waidhofen a.d. Thaya eGen.
Raiffeisenbank Ybbstal eGen.
Raiffeisenkasse Oberes Triestingtal eGen.
Raiffeisenbank Weitra eGen.
Raiffeisenregionalbank Wiener Neustadt eGen.
Raiffeisenbank Region Eisenwurzen eGen.
Raiffeisenkasse Wiesmath-Hochwolkersdorf eGen.
Raiffeisenbank Wolkersdorf eGen.
Raiffeisenkasse Ziersdorf registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
Raiffeisenkasse Zistersdorf - Dürnkrot registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung

Anlage 2: Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien

- "BORTA" Holding GmbH
- "SEPTO" Beteiligungs GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.
- RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG
- RH Finanzbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Holding GmbH
- RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Leasingbeteiligungs GmbH

Impressum

Informationen im Internet:

Auf der Website der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG finden Sie aktuelle und ausführliche Informationen zu Raiffeisen: www.raiffeisenbank.at

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, A-1020 Wien
Tel.: +43/5/1700, Fax: +43/5/1700-901
www.raiffeisenbank.at, info@raiffeisenbank.at

Bericht zum IPS der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien:

Redaktion und Koordination:
Gesamtbanksteuerung/Finanzen der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG
Mag. Stefan Puhm, MBA und Team

Satz: Inhouse produziert mit FIRE.sys, Michael Konrad GmbH, Frankfurt

Redaktionsschluss:

24. Juni 2015

Anfragen richten Sie an oben angeführte Adresse an die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien AG.

Hinweis/Disclaimer:

Einige wenige Marktteilnehmer neigen dazu, aus Aussagen zur zukünftig erwarteten Entwicklung Ansprüche abzuleiten und diese gerichtlich geltend zu machen. Die gelegentlich erheblichen Auswirkungen dieses Vorgehens auf die betroffene Gesellschaft und ihre Anteilseigner führen dazu, dass sich viele Unternehmen bei Aussagen über Erwartungen an die zukünftige Entwicklung auf das gesetzlich geforderte Minimum beschränken. Die Mitglieder des LIPS sehen die Finanzberichte jedoch nicht nur als Verpflichtung, sondern möchten die Chance zur offenen Kommunikation nutzen. Damit dies auch weiterhin möglich ist, betonen wir: Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Mitglieder des LIPS zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können wir nicht ausschließen